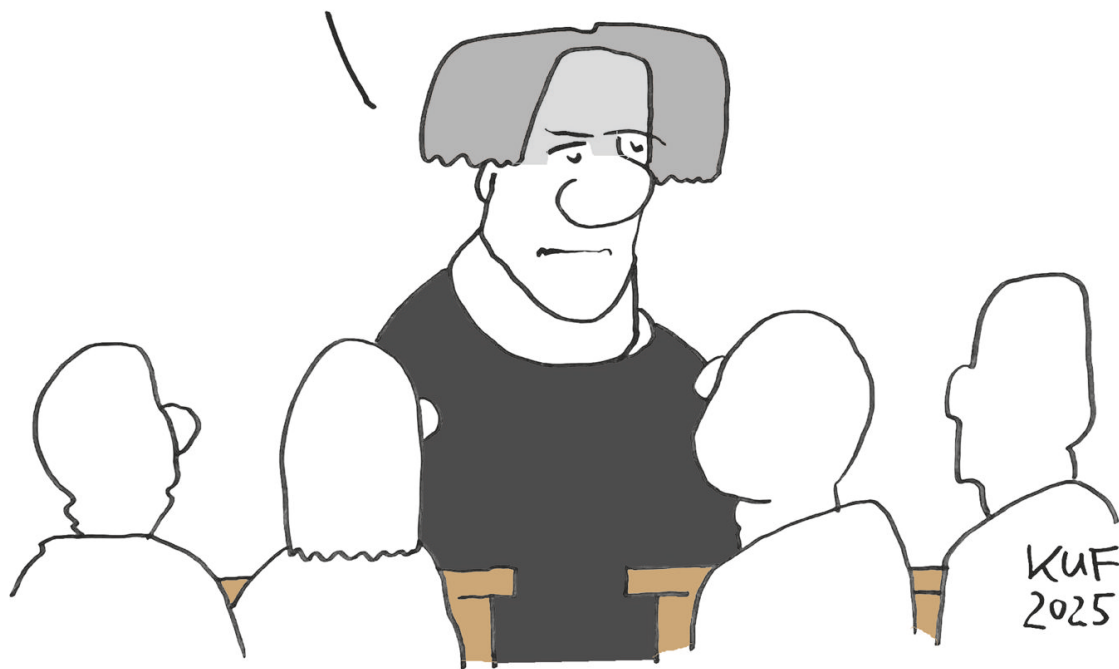


HEUTE GEDENKEN WIR, WAS WIR
LETZTE STUNDE GELERNT HABEN



Gedenken in Zeiten der Unordnung

80 Jahre Kriegsende. Was zwei Gedenkwochen über Österreichs
Erinnerungskultur erzählen - und was weiterhin verschleiert wird.

VON DIRK RUPNOW

Der völlig entgrenzte Trumpismus bringt die Weltordnung ins Wanken, liberale Demokratie und Menschenrechte sind weltweit unter Druck, Antisemitismus und Rassismus sind wie die Diskriminierung anderer Menschengruppen auf dem Vormarsch. Österreich ist nur knapp an einem Volkskanzler Kickl vorbeigeschlittert. Allerdings ist die FPÖ schon in fünf von neun Bundesländern an der Regierung beteiligt, in einem stellt sie den Landeshauptmann. Die deutsche Schwesterpartei der FPÖ, die AfD, gilt dem Verfassungsschutz im Nachbarland mittlerweile als „gesichert rechtsextremistisch“.

Währenddessen entfaltete sich - vier Wochen nach Amtsantritt der ÖVP-SPÖ-Neos-Bundesregierung - in Österreich ein Gedenk- und Jubiläumsjahr mit vielfältigen historischen Bezügen: 80 Jahre Kriegsende und Wiedererrichtung der Republik, 70 Jahre Staatsvertrag und Souveränität, Neutralität sowie

Aufnahme in die UNO, 60 Jahre Nationalfeiertag, 30 Jahre EU-Mitgliedschaft. So viel Erinnerung und Gedenken war zuletzt 2018, mit Republikgründung, „Anschluss“, Novemberpogrom etc. Nur zwei Wochen vor dem übervollen „Gedenk- und Erinnerungsjahr“ 2018 war damals die Regierung Kurz I gebildet worden. Von der Liederbuch-Affäre im Jänner an kam es fast im Wochenrhythmus zu rassistischen Ausfällen von FPÖ-Politikern, die vom Koalitionspartner stets als Einzelfälle weggeredet wurden. Während Vizekanzler Hans-Christian Strache am Hrdlicka-Mahnmal bei der Albertina Erich Fried zitierte, gab es 2018 zumindest einige intellektuelle Highlights, weil man hauptsächlich auf KünstlerInnen als FestrednerInnen zurückgriff: Michael Köhlmeier, Daniel Kehlmann, André Heller und Maja Haderlap. Beschworen wurden Demokratie und Gemeinsamkeit. Erinnert sich noch jemand daran? Wo es um Gedenken geht, ist das Vergessen ja nicht weit.

Und heuer? Was können wir nach zwei intensiven Gedenkwochen - angefangen beim Staatsakt des Bundespräsidenten zur Wiedererrichtung der Republik über die Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Parlament bis hin zum Gedenken an das Kriegsende im Bundeskanzleramt - über die Erinnerungskultur in Österreich sagen? Wieder geht es um Demokratie und Zusammenhalt, dieses Mal mit der Figur des Kompromisses und vermehrt mit Verweis auf den „Geist der Lagerstraße“. Das alles klingt sehr nach einer Zeitreise in die 1950er, passt aber perfekt zur derzeitigen politischen Lage.

„Bestien“ und „Trümmerfrauen“

Nationalratspräsident Rosenkranz wird verschämt verräumt. Währenddessen tauchen „Bestien“ und „Monster“ auf (Babler, mehr auf Emotionalisierung als auf Analyse setzend), auch die „Trümmerfrauen“ kommen wieder einmal zu ihrem Recht (Eder-Gitschthaler belebt einen mehrfach dekon-

struierten Mythos wieder). Die Historiker als Festredner (Christopher Clark und Arnold Suppan) boten Hintergrundinformationen, kaum mehr. Clark versuchte sich beim Bundespräsidenten zumindest an einer zaghaften Infragestellung der Neutralität. Bei Suppan irritierte vor allem, dass für ihn praktisch alle zu Tode Gekommenen - von Wehrmachtssoldaten bis zu Juden - gleichermaßen Opfer waren und österreichische NS-Täter gleichzeitig weitgehend absent blieben. Wenigstens werden aber heute ganz selbstverständlich alle unterschiedlichen Opfergruppen eingebunden, bis hin zu ZwangsarbeiterInnen. Ob allerdings alle das Gleiche mit „Nie wieder!“ und „Niemals vergessen!“ meinen, den Ursprungsforderungen der Holocaust-Erinnerungskultur, die im Moment so präsent sind wie schon lang nicht mehr?

Was sich nicht geändert hat, ist die Österreich-Zentriertheit des Gedenkens: Es geht um österreichische Opfer und die österreichischen Juden, dazu mittlerweile noch um die, die auf dem Gebiet Österreichs geschunden und ermordet wurden. Es geht um den KZ-Komplex Mauthausen-Gusen und die Todesorte österreichischer Juden (wie Maly Trostinez und Auschwitz-Birkenau). Unbeachtet bleiben der Rest der sechs Millionen jüdischen Opfer der Shoah sowie alle anderen, die europaweit auch mithilfe österreichischer Nazis zu Tode gebracht wurden. So wird immer noch eine merkwürdig gewendete Opfer-These aufrecht erhalten: Man gedenkt der österreichischen Opfer, aber nicht derjenigen, die außerhalb Österreichs Opfer österreichischer Täter wurden. Verschleiert wird damit weiterhin, dass der Nationalsozialismus auch eine österreichische Ideologie, die NS-Herrschaft auch eine österreichische Diktatur war.

Die interessanteste Bemerkung in diesen Tagen kam von Neos-Klubobmann Yannick Shetty: Beim „Doorstep“ vor dem Ministerrat am 7. Mai, bei dem eine Machbarkeitsstudie für ein Holocaust-Museum in Wien angekündigt wurde, sagte er, dass er dankbar sei, dass es in diesem Gedenkjahr einen Bundeskanzler und eine Bundesregierung

DER AUTOR



Dirk Rupnow
(* 1972) ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck und Sprecher des internationalen wissenschaftlichen Beirats des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien.

gebe, die eine „ehrliche Gedenkkultur“ vertreten. Bedeutet das nur, dass einer FPÖ-geführten Regierung bei diesem Thema nicht zu trauen gewesen wäre? Oder heißt das auch, dass frühere Bundesregierungen hier unehrlich agiert haben?

Der Vergleich macht ratlos

Zurück zur Idee eines Holocaust-Museums in Wien als zukünftigem „zentralen Ort des Gedenkens“ (Alexander Pröll). Allein die avisierten Vergleichsbeispiele machen einen ratlos: Die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem arbeitet mit etwa 50 Mio. US-Dollar jährlich, etwas weniger als die Hälfte stammt aus Stiftungen und Spenden. Sie erstreckt sich über 18 Hektar mit einer Dauerausstellung auf 4200 m² und unzähligen weiteren Gebäuden sowie großzügig angelegten Mahnmälern. Das United States Holocaust Memorial Museum in Washington wurde 1993 nach einem 15-jährigen Planungsprozess eröffnet und verfügt über ein operatives Budget von etwa 160 Mio. US-Dollar, mehr als die Hälfte aus Stiftungen und Spenden. Seine Dauerausstellung erstreckt sich über drei Stockwerke in einem riesigen Neubau schräg gegenüber vom Weißen Haus. Beide Institutionen sind nicht nur Museen, sondern Archive, Bibliotheken und weltweit anerkannte Forschungseinrichtungen.

Was soll man aus diesen Institutionen für eine Einrichtung in Wien lernen, wo das zentrale Zeitgeschichtemuseum des Landes derzeit mit einem Jahresbudget von 1,7 Mio. Euro auskommen muss? Wäre es nicht sinnvoller, die Institutionen, die sich bereits mit der Geschichte des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und der Shoah beschäftigen - etwa das Haus der Geschichte Österreich, aber auch andere -, zu stärken und auszubauen? Zudem: Braucht es unbedingt eine weitere Institution in Wien? Wäre es nicht sinnvoll, verstärkt in dezentrale Erinnerungsprojekte zu investieren, auch in den Bundesländern? Österreich ist voll von Tatorten und Orten der Täter, aber auch Orten der Opfer. Und erfahrungsgemäß interessiert die Geschichte der unmittelbaren Umgebung am allermeisten. Vor allem aber brauchen wir derzeit wohl ein selbstkritisches Nachdenken darüber, wie und womit wir die Menschen am besten ansprechen, wie und womit wir am effektivsten Demokratie und Menschenrechte vermitteln können - angesichts des Zustands der Welt, der einen daran zweifeln lässt, ob unsere bisherigen Bemühungen die richtigen waren. Aber vielleicht waren sie tatsächlich auch nur nicht ausreichend.

E-Mails an: debatte@diepresse.com